

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. April 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Vollbezugspreis für Monat April 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einpaltige 30 mm breite
Zeile 35 Pf. für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen
haben 15 Pf. außerhalb 25 Pf. Die 60 mm breite Reklameweile 20 Pf.
außerhalb 25 Pf. Übersetzungsbüchlein 30 Pf. Zusam. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden
Vollständig-Rente 1068 Dresden

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Proteststurm gegen die Portoerhöhung.

Minister Schägel rechtfertigt seine Vorlage. — Neuregelung ab 1. Juli.

Hochschullehrer-Tagung in Weimar. — Englische Vorschläge zur Flottenabrüstung. — Endlich eine Regierungsliste in Thüringen.

Einspruch Berliner Wirtschaftskreise.

Berlin, 25. April. Die vom Reichspostministerium geplante Erhöhung des Briefpostos hat bereits in den Wirtschaftskreisen lebhaften Protest ausgelöst. So nimmt das Handwerk, wie aus den Kreisen der Handwerkskammer zu Berlin verlautet, zu der Erhöhung einen durchaus ablehnenden Standpunkt ein. Die nach wie vor bestehende Notlage des Handwerks lasse eine weitere Belastung mit öffentlichen Abgaben nicht zu, da jede weitere Belastung eine neue Erschwerung der Fortführung der Betriebe bedeute und namentlich von den Kreisen der Kleingewerbetreibenden als drückend empfunden werden müsse. Set die Mehrbelastung an und für sich noch so gering, so wirke sie doch angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse recht empfindlich aus, und das um so mehr, als gerade diese Kreise schon durch die am 1. Mai in Kraft tretende Verteuerung des Fernsprechverkehrs erhebliche Mehrausgaben zu tragen hätten.

Von maßgebender Stelle des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller wird zu der geplanten Erhöhung erklärt, daß man es der Post zwar nicht verdenken könne, wenn sie das Briefporto dem gesunkenen Geldwerte angeleichen wolle, daß aber das Vorgehen der Post seine Grenzen finden müsse an der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die schon jetzt unter einem derart hohen Steuerdruck stehe, daß jede weitere Erhöhung der öffentlichen Abgaben als außerordentlich folgenschwer empfunden werden müsse. Die Wirtschaft müsse unbedingt verlangen, daß falls die Post die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung nachzuweisen in der Lage sei, diese Erhöhung auf das Maß des unbedingt Notwendigen beschränkt werde. Voraussetzung für jede Erhöhung müsse sein, daß die Post ihre Leistung der Friedensleistung wieder anpasse, vor allem hinsichtlich der Zahl der Briefbestellungen, der Schnelligkeit der Briefbeförderung und der Ausdehnung des Schalterdienstes auf die im Frieden übliche Zeit.

Warum die Tarifierhöhung notwendig ist.

Ein Interview beim Reichspostminister.

Berlin, 25. April. Einem Pressevertreter gegenüber erklärte der Reichspostminister Schägel über die Erhöhung der Postgebühren u. a.:

Grundsätzlich soll im allgemeinen eine 50prozentige Erhöhung der Sätze erfolgen und zwar aller Postgebühren mit Ausnahme der Telephongebühren. Die Einführung des erhöhten Postos soll vom 1. Juli ab vorgenommen werden. Bevor ich mit der Bekanntgabe meiner Absicht an die Öffentlichkeit getreten bin, habe ich mir natürlich die Zustimmung des Reichskabinetts wie auch des interfraktionellen Ausschusses des Reichstages geholt. Ich bin mir bewußt, daß ich mit dieser Maßnahme nicht das Lob der Öffentlichkeit zu erwarten habe. Wir bei der Reichspost sind bisher gewissermaßen im Verzug gewesen. Während alle anderen öffentlichen und privaten Institutionen ihre Tarife und Einnahmen dem heutigen Niveau längst angepaßt haben, sind die Tarife bei der Post noch die gleichen wie vor vielen Jahrzehnten geblieben. Keine Straßenbahn fährt heute mehr zum zehn-Pfennig-Tarif und auf der Eisenbahn fährt ebenfalls kein Mensch in Deutschland zu den früheren Sätzen mehr. Nicht nur in Europa, sondern auch außerhalb Europas haben die Postverwaltungen Tarife eingeführt, die der heutigen Wirtschaftslage entsprechen. So stand die Deutsche Reichspost gewissermaßen außerhalb der internationalen Relation. Es ergab sich die Situation:

Einerseits erhöhte Ausgaben, andererseits keine entsprechenden Einnahmen.

Für jeden Letter eines Unternehmens betragen bisher die postalischen Unkosten innerhalb seiner Gesamtausgaben im Durchschnitt weit unter einem Prozent und machten somit den geringsten Teil der Aufwendungen aus. Auch nach der Portoerhöhung werden die Ausgaben eines Unternehmens für postalische Zwecke durchschnittlich noch die geringsten im Rahmen der Gesamtausgaben sein.

Somit kommt noch, daß die Reichspost meiner Ansicht nach ihre Substanz bereits zu stark angegriffen hat. Wir haben eine 300-Millionen-Anleihe aufgenommen bei einer Substanz der Reichspost von 2,2 Milliarden Mark. So kann auf die Dauer nicht gewirtschaftet werden, ohne daß der Reichspost schwerer Schaden zugefügt wird. Wenn wir also jetzt erhöhen, so stellen wir die Preise der Reichspost nur auf die Basis des allgemeinen Lebenshaltungsniveaus und auf die Grundpreise der Wirtschaft ein. Wer wirtschaftlich richtig denkt und gerecht sein will, muß mir zugeben, daß ich eine Lage, wie sie bisher war, auf die Dauer nicht würde verantworten können. Die Mehreinnahme, 50 bis 60 Millionen Mark, muß zur Erhaltung der Substanz der Reichspost dienen.

Oesterreich nach den Wahlen.

Unser deutschösterreichisches Bruderland hat am Sonntag die entscheidende Wahlkampf geschlagen, deren Ausgang, mehr als das bei einer der letzten reichsdeutschen Wahlen der Fall war, über das Schicksal des Landes in den nächsten Jahren entscheiden mußte. Die ungeheuer starke, uns Deutsche und besonders Sachsen beschämende Wahlbeteiligung mit über 90 Prozent der Wahlberechtigten zeigt, daß das Volk die schicksalsschwere Bedeutung dieser Entscheidung vollaus begriffen hatte; denn es ging nicht um einen größeren oder kleineren Zuwachs an Mandaten für die einzelnen Parteien, sondern um die Macht im Staate. Die Frage war: Wird der erbitterte Kampf eine derartige Machtverschiebung im Nationalrat mit sich bringen, daß die bürgerliche oder die sozialdemokratische Richtung ihre Ziele über den Kopf der Gegner hinweg zu verwirklichen imstande ist, wird Seipel oder Seitz und Bauer das Rennen machen? Wie man das nun vorliegende Wahlergebnis im einzelnen auch ausdeuten mag, das eine steht fest: der marxistische Ansturm auf den Staat ist aber im ganzen von der bürgerlichen Abwehrfront siegreich abgelenkt worden. Wenn trotzdem nach alter Gewohnheit die sozialistische Presse unter Heraushebung dieser oder jener Teilergebnisse Triumphgesänge anstimmen wird, so muß ihr entgegengehalten werden, was sie sich vor der Wahl versprochen hat. Und ihre Aussichten auf einen wirklichen Sieg waren infolge einer Reihe von Umständen nicht ungünstig. Galt es doch für sie aus einer Gesamtmasse von etwa 4 Millionen Wahlberechtigten nur wenig über 300 000 Stimmen herauszuholen, um die parlamentarische Mehrheit zu erringen! Da die industrielle Reservearmee der Partei ziemlich erschöpft ist, und der Versuch, die Bauernschaft für den Marxismus zu gewinnen, wenig Erfolg hatte, ging das verzweifelte Ringen des Wahlkampfes in der Hauptsache darum, aus dem bürgerlichen Kreisen der Nichtwähler herauszuholen, was irgendwie für die sozialistischen Parolen einzufangen war. Ihre stärksten Schlagworte waren: der Mieterschutz und die neue Sozialvorlage. Die sonderbare Baupolitik der Hauptstadt, wo die roten Beherrscher des Rathauses die Mittel, die sie durch Wegneuerung der Substanz gewonnen, zur Errichtung von Mietkasernen, Volkshäusern, Kinder- und Altersheimen, von Entbindungsanstalten und Spielplätzen verwandten, wurde den Massen als Beispiel sozialpolitischer Weisheit hingestellt, und das flache Land wurde von Agitatoren überflutet, die die Kleinbauern gegen den Großgrundbesitz aufzuwecken versuchten, indem sie ihnen erzählten, daß die landwirtschaftlichen Schutzgölle nur im Interesse der großen Landwirte gefordert würden, die sie als Kampfmittel zur Niederhaltung der kleinen brauchten. Man begreift, daß solche demagogischen Mitteln gegenüber der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien nicht leicht war, da ja ein Appell an die oberflächlichen Masseninstinkte immer zugräftiger ist, als die Berufung auf realpolitische Erwägungen und wirtschaftliche Einsicht. Zudem gewann die Sozialdemokratie an Stofkraft durch die Geschlossenheit ihrer Organisationen und die Größe der Geldmittel, die ihr zur Führung eines wirkungsvollen Wahlkampfes zur Verfügung standen. Ihre Stärke gegenüber der Front der nichtmarxistischen Parteien besteht ja gerade darin, daß sie es im Gegensatz zu der reichsdeutschen Sozialdemokratie bisher geschickt verstanden hat, jede Spaltung in den eigenen Reihen zu vermeiden. Deutschösterreich ist eines der wenigen Länder, das keinen einzigen kommunistischen Abgeordneten im Parlament besitzt, und auch bei den jetzigen Wahlen hat sich kein Moskowiter durchsetzen können. Das liegt wohl zum Teil an der österreichischen Wahlverfahren, die ähnlich der sächsischen alle Restimmen wirkungslos unter den Tisch fallen läßt, wenn nicht ein Vertreter der Partei in irgendeinem Wahlkreis die für ein Mandat nötige Stimmenzahl aufgebracht hat. Der Hauptgrund dafür ist aber die viel radikalere Einstellung der österreichischen Genossen. Das geht recht deutlich hervor aus der Aneinanderreihung eines offiziellen Parteiprogramms, das auf ein während des Wahlkampfes gemachtes Anerbieten der Kommunisten, unter gewissen Bedingungen für die sozialdemokratischen Listen zu stimmen, antwortete, daß neun Zehntel der kommunistischen Forderungen „alte, alte sozialdemokratische Forderungen“ seien, „für die man kämpfen wird, bis man die Macht haben wird, sie durchzuführen“. Diese lafonische Feststellung kennzeichnet mit aller Schärfe, was dem geplanten kleinen Lande gedroht hätte, wenn die Erwartungen der österreichischen Sozialdemokratie in Erfüllung gegangen wären — eine Willkürherrschaft, die sich nur dem Namen nach von der bolschewistischen Klassenherrschaft unterscheiden hätte.

Gegenüber dieser Gefahr hat das österreichische Bürgerum klar und noch rechtzeitig erkannt, daß nur eine einheitliche Abwehrfront die Rettung bringen kann. Und auch darin liegt eine bedeutungsvolle Lehre für uns, besonders in Sachsen, wo die politischen Verhältnisse ähnlich gelagert sind. Die Zerstückelung der bürgerlichen Kreise Deutschösterreichs

Endlich ein Kabinett in Thüringen.

Die Ministerliste der bürgerlichen Parteien.

Weimar, 24. April. Als endgültiges Ergebnis der heutigen Verhandlungen zwischen den an der Regierungsbildung noch interessierten bürgerlichen Parteien kann folgende Ministerliste bekannt gegeben werden:

Vorsitz, Volksbildungs- und Justizministerium: Staatsminister Dr. Leutenher (D. Sp.).
Innere und Wirtschaftsministerium: Staatsminister a. D. Paullsen (Dem.).

Finanzministerium: Ministerialdirektor Toebe (D. Sp.).
Ferner als Staatsräte: Syndikus Glöckner, Sonneberg (Dem.), Abg. Krause (Wirtschaftspartei), Hauptgeschäftsführer Madelbau (Landbund), Landwirt Fort (Landbund) und ein weiterer Vertreter der Wirtschaftspartei.

Die entscheidenden Verhandlungen gelangten heute dadurch in ein neues Fahrwasser, daß die Demokraten erklärten, eine Regierung nur mitzubilden zu können, wenn ihnen außer einem Ministerposten noch ein Staatsrat zugebilligt würde. Außerdem wollte die Wirtschaftspartei schließlich darin ein, für den bereits genannten Ministerialrat Gerstenhauer einen anderen Vertreter zu nennen, da dieser von den Demokraten als nicht genehm abgelehnt wurde. Daß den Vorsitz Staatsminister Dr. Leutenher führen soll, wird in weiten Kreisen Befriedigung auslösen. Die Mehrheit für das nunmehr nach schweren Wehen geborene Kabinett dürfte als gesichert gelten können, so daß damit zu rechnen ist, daß das nach den Wahlen bereits ein Vierteljahr dauernde Interregnum in Thüringen in der entscheidenden Landtagsitzung am Freitag sein Ende finden wird. (Z. U.)

Reich und Länder.

Reichsminister v. Reubell über seinen Münchner Besuch.

München, 25. April. Reichsinnenminister v. Reubell äußerte gestern, daß er von seinem Münchner Aufenthalt den besten Eindruck empfangen habe. Er befahte sich dann mit dem Echo, das seine Ausführungen in seiner Antrittsrede im Reichstag über die Souveränität der Länder gefunden haben. Mein Wort von der Souveränität der Länder, erklärte er, ist von der Linkspresse stets absichtlich mißdeutet worden. Die Souveränität der Länder, wie ich sie auffasse, hat mit der Oberhoheit des Reiches, wie ich sie auffasse, angefaßt werden darf, nicht zu tun. Ich will damit sagen, daß den Ländern auf bestimmten Gebieten ihre Eigenständigkeit unbedingt erhalten bleiben muß. Das Wort Reichstreue, sagt der Minister weiter, steht für mich, was das Verhältnis Bayerns zum Reiche betrifft,

nicht zur Diskussion, und jedes Wort des Zweifels halte ich für eine Beleidigung. Ich bin der Überzeugung, daß die Geschichte einmal hervorheben wird, was in den Zeiten der schwersten Erniedrigung Deutschlands Bayern als Kraftzentrum geleistet hat, und auch jetzt wieder werde ich München mit besonderer Hoffnung für die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes verlassen.

Ein neuer Beleidigungsprozeß Schachts.

Berlin, 25. April. Reichsbankpräsident Dr. Schacht trat heute vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg als Kläger auf. Angeklagt sind der Fabrikant Röll, der Vorsitzende des Reichsbankauswahlschusses, und der Provinziallandtagsabgeordnete Behr. Dr. Schacht hat Strafantrag wegen des von den Angeklagten erhobenen Vorwurfes, daß er in einer privaten Hypothekenaufwertungsangelegenheit betrügerisch gehandelt habe, erhoben. Als Dr. Schacht zu diesem Punkte als Zeuge verhört werden sollte, erhoben die Angeklagten Einspruch mit der Begründung, daß gegen den Reichsbankpräsidenten ein Meinungsverfahrens schwebt. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß dieses Verfahren, das von Röll veranlaßt wurde, rechtsgültig eingestellt und daß gegen eine Vernehmung Dr. Schachts nicht das geringste einzuwenden sei.

Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte die Angeklagten Behr und Röll wegen öffentlicher Beleidigung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, in Verbindung mit übler Nachrede zu je zwei Monaten Gefängnis, außerdem wurde auf Veröffentlichung des Urteils auf Kosten der Angeklagten in mehreren Zeitungen erkannt.

Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge.

Eine Folge der Besserung der Wirtschaftslage.
Berlin, 25. April. Wie das Blatt „Der Deutsche“ mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 1. Mai den obersten Landesbehörden mitgeteilt, daß die Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge für das Spinnstoffgewerbe, das Textilgewerbe und die Wärrerei auf 26 Wochen festgesetzt wird, weil in diesen Gewerben von einem besonders ungünstigen Arbeitsmarkt nicht mehr gesprochen werden kann. Die Befristung der Arbeitsnachweise zur Ausdehnung der Unterstützung um 18 Wochen im Einzelfalle bleibt dadurch unberührt. Die Fürsorge kann also 30 Wochen dauern. In dem gleichen Rundschreiben werden die obersten Landesbehörden aufgefordert, für ihren Bereich zu prüfen, ob auch in anderen Berufen eine Ausdehnung der normalen Höchstdauer der Unterstützung noch gerechtfertigt ist, und von ihrer Ermächtigung Gebrauch zu machen, die Höchstdauer für bestimmte Bezirke herabzusetzen.